

Niederschrift der Sitzung des Stadtrates am 20.01.2016

Sitzungsort:	Rathaus, Raum 225, Ratssitzungssaal, Fischmarkt 1, 99084 Erfurt
Beginn:	17:05 Uhr
Ende:	20:14 Uhr
Anwesende Mitglieder des Ausschusses:	Siehe Anwesenheitsliste
Abwesende Mitglieder des Ausschusses:	Siehe Anwesenheitsliste
Stadtratsvorsitzende:	Frau Pelke
stellv. Stadtratsvorsitzender:	Herr Horn
Schriftführer/in:	

Tagesordnung:

		Drucksachen- Nummer
I.	Öffentlicher Teil	
1.	Eröffnung durch den Oberbürgermeister	
2.	Verleihung der Ehrenbezeichnung für Ehrenstadtratsmitglieder	
3.	Änderungen zur Tagesordnung	
4.	Mündliche Berichterstattung zur Entwicklung der Integration von Flüchtlingen in der Landeshauptstadt Erfurt	
5.	Einwohnerfragestunde (Anfragen nach § 10 GeschO)	
6.	Aktuelle Stunde	
7.	Beantwortung von Anfragen (§ 9 Abs. 2 GeschO)	

7.1.	Dringliche Anfragen	
7.1.1.	Dringliche Anfrage - Betriebslehrgänge für Mitarbeiter der Stadtverwaltung Fragesteller: Herr Frenzel, Fraktion SPD	0093/16
7.2.	Anfragen	
7.2.1.	Verrechnung der Abwasserabgabe Fragestellerin: Frau Walsmann, Fraktion CDU	2818/15
7.2.2.	Bildungskordinator Fragesteller: Herr Hose, Fraktion CDU	0031/16
7.2.3.	Schulneubau Vieselbach Fragesteller: Herr Hose, Fraktion CDU	0044/16
7.2.4.	Bürgerbeteiligung Fragesteller: Herr Kordon, Fraktion CDU	0063/16
7.2.5.	Meldepflichtige Ereignisse Fragesteller: Herr Prof. Dr. Dr. Pistner, Fraktion CDU	0064/16
7.2.6.	Versorgung von Flüchtlingen Fragesteller: Herr Prof. Dr. Dr. Pistner, Fraktion CDU	0065/16
7.2.7.	Bewerbung der Stadt Erfurt mit dem mittelalterlichen jüdischen Erbe um Aufnahme in die Weltkulturerbeliste II Fragesteller: Herr Kallenbach, Fraktion CDU	0069/16
7.2.8.	Arbeitsfähigkeit der Ratsfraktionen Fragestellerin: Frau Stange, Fraktion DIE LINKE.	0045/16
7.2.9.	Förderprogramm für Schulneubau in Vieselbach Fragesteller: Frau Stange, Fraktion DIE LINKE.	0046/16
7.2.10.	Kosten für Versicherungen von Glas und gegen Vandalismus Fragestellerin: Frau Stange, Fraktion DIE LINKE.	0048/16
7.2.11.	Erweiterung Thüringen-Park und Überarbeitung des Einzelhandels- und Zentrenkonzepts Fragesteller: Herr Bärwolff, Fraktion DIE LINKE.	0050/16

7.2.12.	Kulturentwicklungskonzept Fragestellerin: Frau Hornbostel, Fraktion DIE LINKE.	0075/16
7.2.13.	Nutzung der Gunda-Niemann-Stirnemann-Halle für Menschen mit Behinderung Fragestellerin: Frau Stange, Fraktion DIE LINKE.	0076/16
7.2.14.	Fuhrparkkonzept Fragesteller: Herr Kanngießer, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	0051/16
7.2.15.	Verträge Krieger Gruppe/LEG ICE City West Fragesteller: Herr Stassny, Fraktion FREIE WÄHLER/FDP/PIRATEN	0002/16
7.2.16.	Historische Straßenbahnen als Besucherhighlight der Bundesgartenschau 2021 Fragesteller: Herr Städter, Fraktion FREIE WÄHLER/FDP/PIRATEN	0041/16
7.2.17.	Garagen auf fremdem Grund und Boden Fragesteller: Herr Stampf, Fraktion FREIE WÄHLER/FDP/PIRATEN	0066/16
7.2.18.	Mehrkosten und Förderung Arena Fragesteller: Herr Stassny, Fraktion FREIE WÄHLER/FDP/PIRATEN	0068/16
7.2.19.	Bauland Am Kornfeld/Zur Waidmühle Fragesteller: Herr Henkel, Ortsteilbürgermeister Kerspleben	0070/16
8.	Große Anfragen nach § 9 Abs. 5 GeschO	
8.1.	Anfragen zur Planung und Durchführung des Baus der Multifunktionsarena Fragesteller: Fraktion FREIE WÄHLER/FDP/PIRATEN	2598/15
9.	Behandlung von dringlichen Entscheidungsvorlagen	
9.1.	Änderung Mitgliedschaft Jugendhilfeausschuss Einr.: Jugendhilfeausschuss	0052/16

9.2.	Besetzung sachkundiger Bürger_innen in den Ausschüssen Einr.: Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	0120/16
10.	Entscheidungsvorlagen	
10.1.	Vorhabenbezogener Bebauungsplan LOV658 "Wohnbebauung Braugoldareal" - Aufhebungsbeschluss, Einleitungs- und Aufstellungsbeschluss, Durchführung eines Planungswettbewerbs Einr.: Oberbürgermeister	2466/14
10.2.	Bebauungsplan LIA278 "Auf der Grossen Mühle/ Hinter den Wänden/ Hinterm Gasthofe, 1. Änderung - Änderung des Geltungsbereichs und Satzungsbeschluss über die Anordnung einer Veränderungssperre - VS 025 Einr.: Oberbürgermeister	0137/15
10.2.1.	Zuarbeiten - nichtöffentliche Sitzung StU vom 12.01.2016 zum TOP 4.2 Bebauungsplan LIA278 "Auf der Grossen Mühle/ Hinter den Wänden/ Hinterm Gasthofe(DS 0137/15)	0091/16
10.3.	Satzung über die Aufhebung der Sanierungssatzung EFM006 - Michaelisstraße Ost (AHS 002) Einr.: Oberbürgermeister	0215/15
10.4.	Vorhabensbezogener Bebauungsplan DIT673 "Caravan- und Campingplatz Dittelstedt " - Einleitungs- und Aufstellungsbeschluss Einr.: Oberbürgermeister	1485/15
10.5.	Grundstücksverkehr - Öffentliche Ausschreibung eines städtischen Grundstücks in Erfurt-Süd Einr.: Oberbürgermeister	2151/15
10.6.	Bestätigung des Integrierten städtebaulichen Rahmenkonzeptes Äußere Oststadt - Beschluss des Zielkonzeptes Teilbereich 1 Einr.: Oberbürgermeister	2161/15

10.6.1.	Änderungsantrag der Fraktionen SPD, DIE LINKE und Bündnis 90/ Die Grünen zur Drucksache 2161/15 - Bestätigung des Integrierten städtebaulichen Rahmenkonzeptes Äußere Oststadt - Beschluss des Zielkonzeptes Teilbereich 1	0121/16
10.6.2.	Änderungsantrag der Fraktion CDU zur Drucksache 0121/16 - Änderungsantrag der Fraktionen SPD, DIE LINKE und Bündnis 90/ Die Grünen zur Drucksache 2161/15 - Bestätigung des Integrierten städtebaulichen Rahmenkonzeptes Äußere Oststadt....	0125/16
10.7.	Vorhabenbezogener Bebauungsplan ALT617 "An den Graden", Abwägungs- und Satzungsbeschluss Einr.: Oberbürgermeister	2328/15
10.7.1.	Änderungsantrag des Oberbürgermeisters zur Drucksache 2328/15 - Vorhabenbezogener Bebauungsplan ALT617 "An den Graden", Abwägungs- und Satzungsbeschluss	0097/16
10.8.	Kündigung des "Vertrages über die Durchführung und Vergütung des Rettungsdienstes im Rettungsdienstbereich Stadt Erfurt" Einr.: Oberbürgermeister	2661/15
10.9.	Vom Willkommen zur Teilhabe: Integrationskonzept weiterentwickeln Einr.: Fraktion SPD	2865/15
10.10.	Sozialticket; hier Aussetzung und Beanstandung des Stadtratsbeschlusses 1422/15 Einr.: Oberbürgermeister	0003/16
10.11.	Zuschuss ADFC; hier Aussetzung und Beanstandung des Stadtratsbeschlusses 2869/15 Einr.: Oberbürgermeister	0017/16
10.12.	Verbot diskriminierender, frauenfeindlicher und sexistischer Werbung auf stadteigenen Werbeflächen Einr.: Fraktion DIE LINKE.	0019/16

- 11. Informationen
- 11.1. 21. Beteiligungsbericht 2015 der Landeshauptstadt Erfurt
Einr.: Oberbürgermeister **1021/15**
- 11.2. Sonstige Informationen

1. **Eröffnung durch den Oberbürgermeister**

Der Oberbürgermeister eröffnete die 18. öffentliche Stadtratssitzung der Wahlperiode 2014 - 2019 und begrüßte alle Stadtratsmitglieder, Ortsteilbürgermeister, Pressevertreter sowie Gäste.

Sodann übergab er die Sitzungsleitung an den stellvertretenden Stadtratsvorsitzenden, Herrn Horn.

Herr Horn gab bekannt, dass der Hauptausschuss in der Sitzung am 03.05.2011 beschlossen hat, dass die Aufzeichnung der Stadtratssitzungen im Internet als Live-Stream und eine Speicherung der Daten bis zur nächst folgenden Stadtratssitzung durch die Mediengruppe Thüringen bzw. des durch sie beauftragten technischen Dienstleisters, unter den folgenden Bedingungen erfolgt:

- Die Kameraposition und die technischen Rahmenbedingungen werden vor der jeweiligen Stadtratssitzung durch die für die Presse und Öffentlichkeitsarbeit zuständige Dienststelle festgelegt. Es darf nur der jeweilige Redner am Rednerpult und das Präsidium hinter dem Rednerpult aufgezeichnet werden.
- Eine Aufnahme der Zuschauer-Empore und des Stadtratssitzungssaales ist nicht zulässig.
- Durch die Verwaltung wird der Mediengruppe Thüringen vor Beginn der Stadtratssitzung mitgeteilt, welche Personen einer Übertragung widersprochen haben. In der Sitzung können durch die Stadtratsvorsitzende weitere Personen benannt werden. Diese Personen dürfen nicht gefilmt werden.
- Im Übrigen ist die Mediengruppe Thüringen für die rechtmäßige Live-Übertragung der Stadtratssitzung verantwortlich.

Personen, die nicht aufgezeichnet werden wollen, können dies jederzeit dem Stadtratsvorsitzenden bekannt geben.

Er fragte daraufhin, ob jemand der Aufzeichnung, soweit der Redebeitrag von Rednerpult aus erfolgt, widerspricht. Widerspruch erhob sich nicht.

Darüber hinaus hat der Hauptausschuss in der Sitzung am 20.10.2015 die Zustimmung erteilt, dass alle Fraktion für die laufende Wahlperiode die Redebeiträge ihrer Mitglieder am Rednerpult im öffentlichen Teil von Stadtratssitzungen in Bild und Ton mitschneiden dürfen.

Die Liste der grundsätzlich genehmigten Journalisten gemäß §15 (6) der Geschäftsordnung liegt in den Fraktionsgeschäftsstellen und der für die Presse und Öffentlichkeitsarbeit zuständigen Dienststelle zur Einsichtnahme für die Sitzungsteilnehmer vor, teilte die Stadtratsvorsitzende weiterhin mit.

Herr Horn stellte fest, dass die Einladung zur Sitzung form- und fristgemäß nach § 35 Abs. 2 ThürKO erfolgte. Zu diesem Zeitpunkt waren 35 Mitglieder des Stadtrates anwesend. Damit war der Stadtrat beschlussfähig, so der stellvertretende Stadtratsvorsitzende.

Sodann wurde den Stadtratsmitgliedern, die seit der letzten Sitzung Geburtstag hatten, nachträglich gratuliert.

Abschließend wies der stellvertretende Stadtratsvorsitzende darauf hin, dass die Pause in der Zeit von 18.30 Uhr bis 19.00 Uhr stattfindet.

2. Verleihung der Ehrenbezeichnung für Ehrenstadtratsmitglieder

Der stellvertretende Stadtratsvorsitzende gab bekannt, dass die geplante Ehrung aus krankheitsbedingten Gründen eines zu Ehrenden nach Rücksprache mit dem zweiten zu Ehrenden und dem Oberbürgermeister auf die nächste Stadtratssitzung verschoben wird.

3. Änderungen zur Tagesordnung

Der stellvertretende Stadtratsvorsitzende gab folgende Änderungen zur Tagesordnung bekannt:

Zusätzlich aufgenommen werden sollte:

- TOP 9.1 – Drucksache 0052/16
Änderung Mitgliedschaft Jugendhilfeausschuss
Einr.: Jugendhilfeausschuss

Der stellvertretende Stadtratsvorsitzende erklärte, dass zur Aufnahme in die Tagesordnung eine 2/3-Mehrheit der anwesenden Mitglieder des Stadtrates erforderlich sei.

Daraufhin ließ der stellvertretende Stadtratsvorsitzende über die dringliche Aufnahme in die Tagesordnung abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	37
Nein-Stimmen:	0
Enthaltungen:	0

Somit wurde die benötigte 2/3- Mehrheit erreicht und die Drucksache unter TOP 9.1 in die Tagesordnung aufgenommen.

Zudem wies der stellvertretende Stadtratsvorsitzende darauf hin, dass die Wahl vor der Pause stattfindet.

- TOP 9.2 – Drucksache 0120/16
Besetzung sachkundiger Bürger_innen in den Ausschüssen
Einr.: Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Der stellvertretende Stadtratsvorsitzende erklärte, dass zur Aufnahme in die Tagesordnung eine 2/3-Mehrheit der anwesenden Mitglieder des Stadtrates erforderlich sei.

Daraufhin ließ der stellvertretende Stadtratsvorsitzende über die dringliche Aufnahme in die Tagesordnung abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 37

Nein-Stimmen: 0

Enthaltungen: 0

Somit wurde die benötigte 2/3- Mehrheit erreicht und die Drucksache unter TOP 9.2 in die Tagesordnung aufgenommen.

Folgende Drucksache wurde auf Antrag des Einreichers vertagt:

- TOP 10.4 – Drucksache 1485/15
Vorhabensbezogener Bebauungsplan DIT673 "Caravan- und Campingplatz Dittelstedt " - Einleitungs- und Aufstellungsbeschluss
Einr.: Oberbürgermeister

Weitere Anträge zur Änderung der Tagesordnung lagen nicht vor.

4. Mündliche Berichterstattung zur Entwicklung der Integration von Flüchtlingen in der Landeshauptstadt Erfurt

Der Oberbürgermeister informierte über die aktuelle Situation der Flüchtlingsunterbringung in Erfurt sowie über die Anzahl, die Altersstruktur und die Herkunftsländer der Personen mit Flüchtlingsstatus.

Die Raumzellenanlagen (Container) sollen voraussichtlich von Anfang Februar bis Ende April aufgestellt und übergeben werden, so dass dementsprechend der Umzug aus den Notunterkünften erfolgen kann, erklärte er.

5. Einwohnerfragestunde (Anfragen nach § 10 GeschO)

Es lag keine Einwohneranfrage vor.

6. Aktuelle Stunde

Es lag kein Antrag vor.

7. Beantwortung von Anfragen (§ 9 Abs. 2 GeschO)

Die Anfragen lagen schriftlich beantwortet vor. Der stellvertretende Stadtratsvorsitzende verwies auf die Geschäftsordnung. Danach können vom Fragesteller zwei Nachfragen gestellt und die Anfrage durch Beschluss in den zuständigen Ausschuss verwiesen werden.

Zuerst erfolgte der Aufruf der dringlichen Anfrage. Der stellvertretende Stadtratsvorsitzende wies darauf hin, dass für eine Behandlung der Anfrage in der Sitzung die Mehrheit von 2/3 der anwesenden Mitglieder stimmen müsse. Wenn diese Mehrheit erreicht sei, wird die Beantwortung ausgereicht.

7.1. Dringliche Anfragen

7.1.1. Dringliche Anfrage - Betriebslehrgänge für Mitarbeiter der Stadtverwaltung 0093/16 Fragesteller: Herr Frenzel, Fraktion SPD

Zu Beginn ließ der stellvertretende Stadtratsvorsitzende über die dringliche Aufnahme in die Tagesordnung abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	36
Nein-Stimmen:	0
Enthaltungen:	1

Somit wurde die benötigte 2/3- Mehrheit erreicht.

Die Behandlung der Anfrage erfolgte nach den regulär eingereichten Anfragen.

Der Fragesteller die Verweisung der Anfrage in den Hauptausschuss.

Der stellvertretende Stadtratsvorsitzende ließ über die Verweisung der Anfrage in den zuständigen Ausschuss abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	37
Nein-Stimmen:	0
Enthaltungen:	0

Damit wurde der Antrag bestätigt und die Anfrage in den o. g. Ausschuss verwiesen.

Anfrage verwiesen in Ausschuss

7.2. Anfragen

7.2.1. Verrechnung der Abwasserabgabe 2818/15 Fragestellerin: Frau Walsmann, Fraktion CDU

In Vertretung der Fragestellerin bedankte sich Herr Kordon, Fraktion CDU, für die Beantwortung und beantragte die Verweisung der Anfrage in den Werkausschuss Entwässerungsbetrieb.

Der stellvertretende Stadtratsvorsitzende ließ über die Verweisung der Anfrage in den zuständigen Ausschuss abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	37
Nein-Stimmen:	0
Enthaltungen:	0

Damit wurde der Antrag bestätigt und die Anfrage in den o. g. Ausschuss verwiesen.

Anfrage verwiesen in Ausschuss

7.2.2. Bildungskordinator 0031/16 Fragesteller: Herr Hose, Fraktion CDU

Der Fragesteller bedankte sich für die Beantwortung und beantragte die Verweisung der Anfrage in den Ausschuss für Bildung und Sport.

Die Nachfrage des Fragestellers wurde durch Frau Thierbach, Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung und Kultur beantwortet.

Der stellvertretende Stadtratsvorsitzende ließ über die Verweisung der Anfrage in den zuständigen Ausschuss abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	37
Nein-Stimmen:	0
Enthaltungen:	0

Damit wurde der Antrag bestätigt und die Anfrage in den o. g. Ausschuss verwiesen.

Anfrage verwiesen in Ausschuss

7.2.3. Schulneubau Vieselbach
Fragesteller: Herr Hose, Fraktion CDU

0044/16

Der Fragesteller beantragte die Verweisung der Anfrage in den Ausschuss für Bildung und Sport sowie in den Bau- und Verkehrsausschuss unter Hinzuladung des Ortsteilbürgermeisters und einem Vertreter der "Stiftung Zukunft Vieselbach".

Der stellvertretende Stadtratsvorsitzende ließ über die Verweisung der Anfrage in die zuständigen Ausschüsse abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	37
Nein-Stimmen:	0
Enthaltungen:	0

Damit wurde der Antrag bestätigt und die Anfrage in die o. g. Ausschüsse verwiesen.

Anfrage verwiesen in Ausschuss

7.2.4. Bürgerbeteiligung
Fragesteller: Herr Kordon, Fraktion CDU

0063/16

Der Fragesteller bedankte sich für die Beantwortung.

Die Nachfrage des Fragestellers wurde durch den Oberbürgermeister beantwortet.

zur Kenntnis genommen

7.2.5. Meldepflichtige Ereignisse
Fragesteller: Herr Prof. Dr. Dr. Pistner, Fraktion CDU

0064/16

Der Fragesteller bedankte sich für die Beantwortung.

Die Nachfrage des Fragestellers wurde durch den Oberbürgermeister beantwortet.

Daraufhin beantragte der Fragesteller die Verweisung der Anfrage in den Ausschuss für öffentliche Ordnung, Sicherheit und Ortsteile, in den Ausschuss für Soziales, Arbeitsmarkt und Gleichstellung sowie in den Ausschuss für Finanzen, Liegenschaften, Rechnungsprüfung und Vergaben.

Der stellvertretende Stadtratsvorsitzende ließ über die Verweisung der Anfrage in die zuständigen Ausschüsse abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 37
Nein-Stimmen: 0
Enthaltungen: 0

Damit wurde der Antrag bestätigt und die Anfrage in die o. g. Ausschüsse verwiesen.

Anfrage verwiesen in Ausschuss

7.2.6. Versorgung von Flüchtlingen 0065/16
Fragesteller: Herr Prof. Dr. Dr. Pistner, Fraktion CDU

Der Fragesteller bedankte sich für die Beantwortung.

Die Nachfrage des Fragestellers wurde durch den Oberbürgermeister und Frau Thierbach, Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung und Kultur beantwortet. Eine detaillierte Diskussion sei im zuständigen Ausschuss sinnvoll, regte Frau Thierbach an.

Sodann beantragte der Fragesteller die Verweisung der Anfrage in den Ausschuss für Soziales, Arbeitsmarkt und Gleichstellung sowie in den Ausschuss für Finanzen, Liegenschaften, Rechnungsprüfung und Vergaben.

Der stellvertretende Stadtratsvorsitzende ließ über die Verweisung der Anfrage in die zuständigen Ausschüsse abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 37
Nein-Stimmen: 0
Enthaltungen: 0

Damit wurde der Antrag bestätigt und die Anfrage in die o. g. Ausschüsse verwiesen.

Anfrage verwiesen in Ausschuss

7.2.7. Bewerbung der Stadt Erfurt mit dem mittelalterlichen 0069/16
jüdischen Erbe um Aufnahme in die Weltkulturerbeliste
II
Fragesteller: Herr Kallenbach, Fraktion CDU

Der Fragesteller bedankte sich für die Beantwortung und beantragte die Verweisung der Anfrage in den Kulturausschuss.

Der stellvertretende Stadtratsvorsitzende ließ über die Verweisung der Anfrage in den zuständigen Ausschuss abstimmen.

- 7.2.10. **Kosten für Versicherungen von Glas und gegen Vandalismus** 0048/16
Fragestellerin: Frau Stange, Fraktion DIE LINKE.

Die Fragestellerin war nicht anwesend.

zur Kenntnis genommen

- 7.2.11. **Erweiterung Thüringen-Park und Überarbeitung des Einzelhandels- und Zentrenkonzepts** 0050/16
Fragesteller: Herr Bärwolff, Fraktion DIE LINKE.

Die Nachfrage des Fragestellers wurde durch den Oberbürgermeister beantwortet.

zur Kenntnis genommen

- 7.2.12. **Kulturentwicklungskonzept** 0075/16
Fragestellerin: Frau Hornbostel, Fraktion DIE LINKE.

Die Fragestellerin beantragte die Verweisung der Anfrage in den Kulturausschuss und in den Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt.

Der stellvertretende Stadtratsvorsitzende ließ über die Verweisung der Anfrage in die zuständigen Ausschüsse abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 37
Nein-Stimmen: 0
Enthaltungen: 0

Damit wurde der Antrag bestätigt und die Anfrage in die o. g. Ausschüsse verwiesen.

Anfrage verwiesen in Ausschuss

- 7.2.13. **Nutzung der Gunda-Niemann-Stirnemann-Halle für Menschen mit Behinderung** 0076/16
Fragestellerin: Frau Stange, Fraktion DIE LINKE.

Die Fragestellerin war nicht anwesend.

zur Kenntnis genommen

7.2.14. Fuhrparkkonzept 0051/16
Fragesteller: Herr Kanngießer, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Der Fragesteller bedankte sich für die Beantwortung und hatte keine Nachfragen.

zur Kenntnis genommen

7.2.15. Verträge Krieger Gruppe/LEG ICE City West 0002/16
Fragesteller: Herr Stassny, Fraktion FREIE WÄHLER/FDP/PIRATEN

Der Fragesteller bedankte sich für die Beantwortung.

Die Nachfrage wurde durch den Oberbürgermeister beantwortet.

zur Kenntnis genommen

7.2.16. Historische Straßenbahnen als Besucherhighlight der Bundesgartenschau 2021 0041/16
Fragesteller: Herr Städter, Fraktion FREIE WÄHLER/FDP/PIRATEN

Der Fragesteller zeigte sich unzufrieden mit der Beantwortung und bat insbesondere um eine genaue Antwort zur Frage 3 seiner Anfrage: Wie viele fahrbereite und einsatzfähige historische Fahrzeuge sind im Erfurter Stadtgebiet noch vorhanden? Wenn sie nicht einsatzbereit sind, was würde die Instandsetzung kosten und kann das über Gelder der BUGA GmbH finanziert werden? Zudem beantragte der Fragesteller die Verweisung der Anfrage inkl. der Beantwortung in den Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt sowie in den Bau- und Verkehrsausschuss.	Drucksache 0149/16
---	-----------------------

Der stellvertretende Stadtratsvorsitzende ließ über die Verweisung der Anfrage in die zuständigen Ausschüsse abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 37
Nein-Stimmen: 0
Enthaltungen: 0

7.2.18. Mehrkosten und Förderung Arena
Fragesteller: Herr Stassny, Fraktion FREIE WÄHLER/FDP/PIRATEN

0068/16

<p>Der Fragesteller stellte folgende Nachfragen:</p> <p>"1. Ist es so, dass momentan vom Fördermittelgeber davon ausgegangen wird, dass es maximal einen Förderungsnachschub 617.500 Euro geben wird und der Fördermittelgeber auch ganz klar davon ausgeht, dass wenn da jetzt noch was drauf kommt, es nicht mehr als eine Million werden wird, weil ganz klar gesagt wird, fast alles von dem was da aufgelistet ist, war vorher absehbar.</p> <p>2. Stimmt es, dass in den letzten Tagen festgestellt wurde, dass die Zufahrt zum Innenraum der Arena so knapp konstruiert wurde, dass Showtracks oder ähnlich große Fahrzeuge überhaupt gar nicht rein fahren können, so dass selbst die Stagecrew von Herrn Grönemeyer mehrere hundert Meter den kompletten Bühnenaufbau tragen muss und das wahrscheinlich damit auch das letzte Großkonzert sein wird, welches dort stattfindet?"</p> <p>Zudem beantragte der Fragesteller die Verweisung der Anfrage inkl. der Beantwortung der Nachfragen in den Werkausschuss Erfurter Sportbetrieb und in den Ausschuss für Finanzen, Liegenschaften, Rechnungsprüfung und Vergaben.</p>	<p>Drucksache 0151/16</p>
--	-------------------------------

Der stellvertretende Stadtratsvorsitzende ließ über die Verweisung der Anfrage in die zuständigen Ausschüsse abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 37
Nein-Stimmen: 0
Enthaltungen: 0

Damit wurde der Antrag bestätigt und die Anfrage inkl. der Beantwortung der Nachfragen in die o. g. Ausschüsse verwiesen.

Anfrage verwiesen in Ausschuss

7.2.19. Bauland Am Kornfeld/Zur Waidmühle
Fragesteller: Herr Henkel, Ortsteilbürgermeister Kerspleben

0070/16

Der Fragesteller beantragte die Verweisung der Anfrage in den Ausschuss für öffentliche Ordnung, Sicherheit und Ortsteile sowie in den Bau- und Verkehrsausschuss.

Der stellvertretende Stadtratsvorsitzende ließ über die Verweisung der Anfrage in die zuständigen Ausschüsse abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 37

Nein-Stimmen: 0

Enthaltungen: 0

Damit wurde der Antrag bestätigt und die Anfrage in die o. g. Ausschüsse verwiesen.

Anfrage verwiesen in Ausschuss

8. Große Anfragen nach § 9 Abs. 5 GeschO

8.1. Anfragen zur Planung und Durchführung des Baus der Multifunktionsarena 2598/15
Fragesteller: Fraktion FREIE WÄHLER/FDP/PIRATEN

Der stellvertretende Stadtratsvorsitzende gab bekannt, dass vom Einreicher der großen Anfrage ein Antrag auf Aussprache vorliegt.

Die Beantwortung der großen Anfrage lag den Fraktionen und den fraktionslosen Mitgliedern vor.

Zudem wies der stellvertretende Stadtratsvorsitzende auf die Redezeit von 10 Minuten pro Fraktion und den Oberbürgermeister sowie zwei Minuten für fraktionslose Mitglieder hin.

Zu Beginn erläuterte Herr Kemmerich, Fraktion FREIE WÄHLER/FDP/PIRATEN, die Intention der großen Anfrage und die inhaltlichen Schwerpunkte der Beantwortung.

Der Oberbürgermeister führte zum aktuellen Sachstand, den einzelnen Bauabschnitten sowie der Terminkette der Errichtung der Multifunktionsarena aus. So erklärte er beispielsweise, dass die Nordtribüne an sich fertiggestellt wurde, jedoch die Fluchtwege noch nicht und so voraussichtlich auch zur ersten Konzertveranstaltung eine Tribünenseite noch im Bau sei. Zusammenfassend werde jedoch die fristgerechte Fertigstellung der Arena erwartet, versicherte er.

Hinsichtlich der stetigen Nachfragen wies er darauf hin, dass zunächst der Bau bzw. die Fertigstellung im Vordergrund stehe und eine ausführliche Thematisierung später noch erfolgen könne.

Herr Prof. Dr. Thumfart, Vorsitzender der Fraktion FREIE WÄHLER/FDP/PIRATEN, erläuterte seine Sichtweise zur Thematik.

Herr Panse, Vorsitzender der Fraktion CDU, nahm Bezug auf das Verfahren zu der großen Anfrage und zeigte sich unzufrieden mit der Beantwortung. Für eine detaillierte Auseinandersetzung mit den Antworten beantragte er die Verweisung der großen Anfrage in den

Werkausschuss Erfurter Sportbetrieb und in den Ausschuss für Finanzen, Liegenschaften, Rechnungsprüfung und Vergaben.

Herr Prof. Dr. Merforth, Fraktion SPD, wies darauf hin, dass im Werkausschuss Erfurter Sportbetrieb zu jeder Sitzung ausführlich der aktuelle Bericht zum Bau der Multifunktionsarena diskutiert wird.

Herr Bärwolff, Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE., nahm Bezug zur Thematik und verwies auf die aktuelle Stunde zur Thematik in der Novembersitzung des Stadtrates.

Herr Stampf, Fraktion FREIE WÄHLER/FDP/PIRATEN, betonte deutlich, dass die monatliche Berichterstattung ausschließlich auf Wunsch der Ausschussmitglieder im Werkausschuss Erfurter Sportbetrieb erfolgt und dennoch noch einige Antworten auf Nachfragen ausstehen.

Diesen Aussagen bezüglich zu vieler offenen Nachfragen, schloss sich Herr Stassny, Vorsitzender der Fraktion FREIE WÄHLER/FDP/PIRATEN, an und begründete die große Anfrage seiner Fraktion.

Weiterhin erging folgende Festlegung:

Herr Kemmerich fragte nach, ob Vertragsstrafen im Falle einer nicht fristgerechten Fertigstellung der Bauabschnitte zu erwarten sind.	Drucksache 0152/16
Zugleich beantragte er die Verweisung der großen Anfrage inkl. der Beantwortung der Nachfrage in den Werkausschuss Erfurter Sportbetrieb und in den Ausschuss für Finanzen, Liegenschaften, Rechnungsprüfung und Vergaben.	

Weitere Wortmeldungen lagen nicht vor. Somit rief der stellvertretende Stadtratsvorsitzende zunächst den Antrag auf Verweisung der Anfrage in die zuständigen Ausschüsse – den Werkausschuss Erfurter Sportbetrieb und den Ausschuss für Finanzen, Liegenschaften, Rechnungsprüfung und Vergaben auf.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 40
Nein-Stimmen: 0
Enthaltungen: 0

Damit wurde der Antrag bestätigt und die große Anfrage inkl. der Beantwortung der Nachfrage in die o. g. Ausschüsse verwiesen.

Anfrage verwiesen in Ausschuss

9. Behandlung von dringlichen Entscheidungsvorlagen

9.1. Änderung Mitgliedschaft Jugendhilfeausschuss 0052/16 Einr.: Jugendhilfeausschuss

Dieser Tagesordnungspunkt wurde nach dem TOP 10.9 und vor der Pause behandelt.

Der stellvertretende Stadtratsvorsitzende gab Folgendes bekannt:

- Die Anzahl der anwesenden Mitglieder des Stadtrates beträgt 35.
- Jedes Mitglied des Stadtrates hat eine Stimme.
- Gewählt ist, wer mehr als die Hälfte der Stimmen der anwesenden Stimmberechtigten erhalten hat (§ 39 Abs. 2 ThürKO).
Die erforderliche Mehrheit beträgt somit 18 Stimmen.

Daraufhin wurde die Wahlkommission nach vorn gebeten.

Im Anschluss fand die Wahlhandlung und Auszählung der Stimmen statt.

Sodann erfolgte die Pause.

Nach der Pause wurde das Wahlergebnis durch Herrn Horn, stellvertretenden Stadtratsvorsitzenden, bekannt gegeben:

Stimmen für Frau Miriam Trautwein: 35

Daraufhin gratulierte der stellvertretende Stadtratsvorsitzende der Gewählten.

gewählt

Beschluss:

Als 2. stellvertretendes stimmberechtigtes Mitglied für Herrn Michael Hack wird

**neu: Frau Miriam Trautwein
(alt: Frau Andrea Schreiber).**

in den Jugendhilfeausschuss gewählt.

Abstimmungsergebnis

Gesetzliche Anzahl der Mitglieder des Erfurter Stadtrates:	51
davon	
anwesend:	35
abgegebene Stimmen:	35
erforderliche Mehrheit:	18
Stimmen für Frau Miriam Trautwein:	35

Im Anschluss übernahm die Stadtratsvorsitzende, Frau Pelke, die Sitzungsleitung und fuhr mit dem TOP 10.10 in der Tagesordnung fort.

9.2. Besetzung sachkundiger Bürger_innen in den Ausschüssen 0120/16 **Einr.: Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

Der stellvertretende Stadtratsvorsitzende gab bekannt, dass die Drucksache ohne Vorberatung behandelt wird.

Da es keine Wortmeldungen gab, erfolgte sogleich die Abstimmung zur Drucksache.

beschlossen Ja 40 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

Beschluss.

01

Das Mandat der sachkundigen Bürger_in im Ausschuss für Wirtschaftsförderung und Beteiligungen wird wie folgt geändert:

Alt: Petra Hesse

Neu: Christiane Kilian

02

Das Mandat der sachkundigen Bürger_in im Werkausschuss Entwässerungsbetrieb wird wie folgt geändert:

Alt: Petra Hesse

Neu: Christiane Kilian

03

Das Mandat der sachkundigen Bürger_in im Werkausschuss Erfurter Sportbetrieb wird wie folgt geändert:

Alt: Petra Hesse

Neu: Christiane Kilian

04

Das Mandat der sachkundigen Bürger_in im Werkausschuss Theater Erfurt wird wie folgt geändert:

Alt: Petra Hesse

Neu: Christiane Kilian

05

Das Mandat der sachkundigen Bürger_in im Werkausschuss Thüringer Zoopark Erfurt wird wie folgt geändert:

Alt: Petra Hesse

Neu: Christiane Kilian

10. Entscheidungsvorlagen

- 10.1. Vorhabenbezogener Bebauungsplan LOV658 "Wohnbebauung Braugoldareal" - Aufhebungsbeschluss, Einleitungs- und Aufstellungsbeschluss, Durchführung eines Planungswettbewerbs 2466/14
Einr.: Oberbürgermeister

Der stellvertretende Stadtratsvorsitzende gab bekannt, dass der Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt die Drucksache in seiner Sitzung am 12.01.2016 einstimmig bestätigte (Ja 10 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0).

Da keine Wortmeldungen vorlagen, erfolgte sogleich die Abstimmung über die Drucksache.

beschlossen Ja 40 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

Beschluss:

01

Der Einleitungs- und Aufstellungsbeschluss zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan LOV658 "Wohnbebauung Braugoldareal" Stadtratsbeschluss Nr. 2274/13 vom 17.04.2014 wird aufgehoben.

02

Dem Antrag auf Einleitung eines Bebauungsplanverfahrens nach § 12 Abs. 2 BauGB vom 29.12.2014 für das Vorhaben vorhabenbezogener Bebauungsplan LOV658 "Wohnbebauung Braugold" wird gemäß § 12 Abs. 2 Satz 1 BauGB nach pflichtgemäßem Ermessen zugestimmt. Das Bebauungsplanverfahren soll eingeleitet werden.

03

Für den Bereich des ehemaligen Braugoldgeländes zwischen der Schillerstraße und der Robert-Koch-Straße soll gemäß § 12 Abs. 1 Satz 1 BauGB i. V. m. § 2 Abs. 1 Satz 1 BauGB der vorhabenbezogene Bebauungsplan LOV658 "Wohnbebauung Braugoldareal" neu aufgestellt werden.

Der Geltungsbereich umfasst die Flurstücke 53/2, 59, 60/3, 73, 74, 266/58 und 309/72. Alle Flurstücke befinden sich in der Gemarkung Erfurt-Süd, Flur 29.

Mit dem vorhabenbezogenen Bebauungsplan werden folgende Planungsziele angestrebt:

- städtebauliche und freiraumplanerische Neuordnung des Areals der ehemaligen Brauergoldbrauerei,
- Schaffen von Raumkanten (straßenseitige Baufluchten) zur Einbindung des Areals in das städtebauliche Gesamtgefüge (Quartiersbildung),
- Schaffen der planungsrechtlichen Voraussetzungen für die Errichtung von Wohngebäuden als Geschosswohnungsbau,
- Sicherung einer quartiersverträglichen Bebauung im Blockinnenbereich durch maßstäbliche Baustrukturen,
- Sicherung der Wohn- und Aufenthaltsqualität für die bestehende angrenzende sowie geplante Wohnbebauung,
- Sicherung einer hohen Freiraumqualität im Rahmen eines zu erstellenden Freiflächenkonzepts,
- Sicherung der erforderlichen Flächen für den ruhenden Verkehr in Tiefgaragen.

04

Der vorhabenbezogene Bebauungsplan wird als Bebauungsplan der Innenentwicklung gemäß § 13a BauGB im beschleunigten Verfahren ohne Durchführung einer Umweltprüfung nach § 2 Abs. 4 BauGB aufgestellt.

05

Der Einleitungs- und Aufstellungsbeschluss ist gemäß § 2 Abs. 1 Satz 2 BauGB ortsüblich im Amtsblatt der Landeshauptstadt Erfurt bekannt zu machen.

06

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, mit dem Antragsteller (Vorhabenträger) den erforderlichen Durchführungsvertrag gemäß § 12 Abs. 1 Satz 1 BauGB zur Vorbereitung und Durchführung dieses Bebauungsplanverfahrens abzuschließen.

07

Der Flächennutzungsplan ist im Wege der Berichtigung anzupassen.

08

Der Stadtrat beauftragt die Verwaltung mit dem Antragsteller vertraglich die Durchführung eines Planungswettbewerbs auf der Grundlage folgender Rahmenbedingungen für das Vorhabengebiet zu vereinbaren:

- Durchführung eines Realisierungswettbewerbs nach den Richtlinien der RPW 2013 in Form eines nicht offenen Wettbewerbs im kooperativen Verfahren (nicht anonym)
- Teilnehmerzahl: 10 eingeladene Planungsbüros
- Einer der Planverfasser eines prämierten Entwurfs ist mindestens bis zur Leistungsphase 4 entsprechend der HOAI durch den Vorhabenträger zu beauftragen.
- Die Übernahme der Kosten des Wettbewerbs erfolgt durch den Vorhabenträger.
- Die Planungsziele des aufzustellenden vorhabenbezogenen Bebauungsplans bilden die Grundlage für die Aufgabenstellung des Wettbewerbs.

09

Die städtebaulichen Rahmenbedingungen der Wettbewerbsauslobung werden dem Stadtrat vor Durchführung des Verfahrens zur Entscheidung vorgelegt.

(redakt. Hinweis: Die Anlage des Beschlusses ist der Niederschrift als Anlage 1 beigelegt.)

**10.2. Bebauungsplan LIA278 "Auf der Grossen Mühle/ Hinter 0137/15
den Wänden/ Hinterm Gasthofe, 1. Änderung - Änderung
des Geltungsbereichs und Satzungsbeschluss über die
Anordnung einer Veränderungssperre - VS 025
Einr.: Oberbürgermeister**

Der stellvertretende Stadtratsvorsitzende gab bekannt, dass der Ortsteilrat Linderbach die Drucksache in seiner Sitzung am 07.01.2016 einstimmig bestätigte (Ja 6 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0).

Der Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt bestätigte die Drucksache in seiner Sitzung am 12.01.2016 ebenfalls einstimmig (Ja 10 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0).

Die Beantwortung der Zuarbeit aus der nichtöffentlichen Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung und Umwelt vom 12.01.2016 lag den Fraktionen und den fraktionslosen Mitgliedern mit Drucksache 0091/16 vor.

Zudem wies der stellvertretende Stadtratsvorsitzende darauf hin, dass die Drucksache mit einer redaktionellen Änderung beschlossen wird. Hierzu werde im Beschlusspunkt 02 und in den Anlagen das Wort "groß" in seiner Schreibweise dem Titel des rechtskräftigen Bebauungsplans LIA278 angepasst ("Auf der Grossen Mühle").

Da es keine Wortmeldungen gab, rief der stellvertretende Stadtratsvorsitzende die Drucksache inkl. der redaktionellen Änderung zur Abstimmung auf.

mit Änderungen beschlossen Ja 40 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

Beschluss:

01

Der Beschluss 1418/14 - Bebauungsplan LIA278 "Auf der Grossen Mühle/ Hinter den Wänden/ Hinterm Gasthofe", 1. Änderung - Änderung des Aufstellungsbeschlusses zum Änderungsverfahren - vom 15.04.2015 soll geringfügig geändert werden.

Der Geltungsbereich wird im Bereich Elsterweg / Azmannsdorfer Straße an die Grenzen des rechtsverbindlichen Bebauungsplanes und im südöstlichen Plangebiet an aktuelle Gemarkungsgrenzen angepasst und wie folgt begrenzt:

im Norden: entlang der nördlichen Flurgrenze zur Gemarkung Linderbach, Flur 3. (südliche Straßenseite der Straße Elsterweg und die nördliche Begrenzung der Kleingartenanlage "Hinter den Wänden") ; wobei das Flurstück 365, Gemarkung Linderbach, Flur 3 ausgenommen ist.

im Osten: östliche Grenze der Straße "Am Weiherweg", südliche Straßenbegrenzungslinie Weimarische Straße, östliche Flurgrenze Gemarkung Linderbach, Flur 5.

Beschluss:

01

Der Stadtrat stellt fest, dass die städtebauliche Sanierung in dem in Anlage 1 dargestellten Sanierungsgebiet EFM006 „Michaelisstraße Ost“ erfolgreich durchgeführt worden ist. Die Begründung (Anlage 3) zur Aufhebung der Sanierungssatzung Michaelisstraße Ost wird gebilligt.

02

Die als Anlage 2 beigefügte Satzung über die Aufhebung der Sanierungssatzung „Michaelisstraße Ost“ (AHS002) gemäß § 162 Abs. 2 Satz 1 BauGB wird beschlossen. Die Aufhebungssatzung ist gemäß § 162 Abs. 2 Satz 2 BauGB ortsüblich bekannt zu machen.

03

Die Verwaltung wird beauftragt, gemäß § 154 des Baugesetzbuches (BauGB) von den Grundstückseigentümern die Sanierungsausgleichsbeträge zu erheben, soweit diese nicht bereits von den Eigentümern vorzeitig abgelöst worden sind.

(redakt. Hinweis: Die Anlagen des Beschlusses sind der Niederschrift als Anlagen 3 a – c beigefügt.)

- | | | |
|-------|--|---------|
| 10.4. | Vorhabensbezogener Bebauungsplan DIT673 "Caravan- und Campingplatz Dittelstedt" - Einleitungs- und Aufstellungsbeschluss
Einr.: Oberbürgermeister | 1485/15 |
|-------|--|---------|

siehe TOP 3

vertagt

- | | | |
|-------|--|---------|
| 10.5. | Grundstücksverkehr - Öffentliche Ausschreibung eines städtischen Grundstücks in Erfurt-Süd
Einr.: Oberbürgermeister | 2151/15 |
|-------|--|---------|

Der stellvertretende Stadtratsvorsitzende gab bekannt, dass der Ausschuss für Finanzen, Liegenschaften, Rechnungsprüfung und Vergaben die Drucksache in seiner Sitzung am 06.01.2016 einstimmig bestätigte (Ja 10 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0).

Da keine Wortmeldungen vorlagen, erfolgte sogleich die Abstimmung über die Drucksache.

beschlossen Ja 40 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

Beschluss:

01

Der Stadtrat stimmt der Veräußerung des Gartengrundstücks "Am Peterborn" in der Gemarkung Erfurt-Süd, Flur 5, Flurstücke 10/12 und 10/13 mit insgesamt 592 m² mindestens zum Verkehrswert und nach vorheriger öffentlicher Ausschreibung zu. Alternativ zur Veräußerung soll auch die Bestellung eines Erbbaurechtes mit einer Laufzeit von maximal 90 Jahren zu mindestens 4 % Erbbauzins möglich sein.

02

Bei der Vergabe wird auf die Berücksichtigung des Nutzungskonzeptes verzichtet, da ausschließlich eine gärtnerische Nutzung zulässig ist.

03

Der Stadtrat erklärt außerdem die Belastungsvollmacht für noch aufzunehmende Grundschulden zur Finanzierung des Kaufpreises und der Investitionen für dieses Grundstück.

04

Der Stadtrat stimmt der dinglichen Sicherung eines Bebauungsverbot in Form einer Unterlassungsdienstbarkeit zum Zwecke des Ausschlusses der Bebauung auf dem Garten Grundstück zu.

05

Der Oberbürgermeister wird ermächtigt, die in den Beschlusspunkten 01 bis 03 genannten Festlegungen umzusetzen.

(redakt. Hinweis: Der Lageplan ist der Niederschrift als Anlage 4 beigelegt.)

**10.6. Bestätigung des Integrierten städtebaulichen Rahmen- 2161/15
konzeptes Äußere Oststadt - Beschluss des Zielkonzeptes
Teilbereich 1
Einr.: Oberbürgermeister**

Der stellvertretende Stadtratsvorsitzende gab bekannt, dass der Bau- und Verkehrsausschuss die Drucksache in seiner Sitzung am 07.01.2016 einstimmig bestätigte (Ja 9 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0).

Der Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt bestätigte die Drucksache in seiner Sitzung am 12.01.2016 ebenfalls einstimmig (Ja 10 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0).

Es lag ein Antrag der Fraktionen SPD, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/ Die GRÜNEN mit Drucksache 0121/16 vor. Dieser ergänzte die Ursprungsdrucksache um einen weiteren Beschlusspunkt.

Die Stellungnahme der Verwaltung lag den Fraktionen und den fraktionslosen Mitgliedern vor.

Weiterhin lag ein Antrag der Fraktion CDU mit Drucksache 0125/16 vor. Dieser änderte den Antrag der Fraktionen SPD, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/ Die GRÜNEN (Drucksache 0121/16).

Herr Dr. Warweg, Fraktion SPD, gab bekannt, dass seine Fraktion der Ursprungsdrucksache zustimmen werde und zog zugleich den gemeinsamen Antrag (Drucksache 0121/16) mit Zustimmung der Fraktionen DIE LINKE und BÜNDNIS 90/ Die GRÜNEN zurück. Dieser Antrag werde als eigenständige Drucksache in den nächsten Stadtrat eingebracht und zunächst im Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt sowie im Bau- und Verkehrsausschuss vorberaten werden, erklärte er.

10.7. Vorhabenbezogener Bebauungsplan ALT617 "An den Graden", Abwägungs- und Satzungsbeschluss
Einr.: Oberbürgermeister

2328/15

Der stellvertretende Stadtratsvorsitzende gab bekannt, dass der Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt die Drucksache in seiner Sitzung am 12.01.2016 einstimmig bestätigte (Ja 10 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0).

Es lag ein Antrag der Verwaltung mit Drucksache 0097/16 vor.

Herr Dr. Warweg, Fraktion SPD, begrüßte die Drucksache und ging in seinen Ausführungen auf die inhaltlichen Schwerpunkte der Vorlage ein. Dieser Bebauungsplan sei ein interessantes Projekt für Erfurt, betonte er.

Herr Kanngießer, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, erläuterte seine Sichtweise und nahm Bezug auf die Carsharing-Stellplätze vor Ort. Hierzu wies er darauf hin, dass das Thema der Möglichkeiten für Ausweichstandorte der Carsharing-Stellplätze im nächsten Bau- und Verkehrsausschuss beraten wird.

Weitere Wortmeldungen lagen nicht vor. Somit rief der stellvertretende Stadtratsvorsitzende zur Abstimmung über die Drucksache in Fassung des Antrages der Verwaltung (Drucksache 0097/16) auf.

mit Änderungen beschlossen Ja 40 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

Beschluss:

01

Der Stadtrat beschließt die Abwägung zu den im Rahmen der Beteiligung der Öffentlichkeit, der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange eingegangenen Stellungnahmen; das Abwägungsergebnis mit Begründung (Anlage 5) ist Bestandteil des Beschlusses. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, den Einreichern von Stellungnahmen nach § 3 Abs. 2 Satz 4 BauGB das Abwägungsergebnis mitzuteilen.

02

Gemäß § 10 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB) i.V.m. § 88 Abs. 2 Thüringer Bauordnung (ThürBO) und § 19 Abs. 1 Satz 1, § 2 Abs. 1 und 2 Thüringer Gemeinde- und Landkreisordnung (Thüringer Kommunalordnung - ThürKO), beschließt der Stadtrat Erfurt den vorhabenbezogenen Bebauungsplan der Innenentwicklung, gemäß § 13a BauGB, ALT617 "An den Graden" bestehend aus der Planzeichnung (Anlage 2, M 1: 250) mit den textlichen Festsetzungen in seiner Fassung vom 13.01.2016, mit dem Vorhaben- und Erschließungsplan (Anlage 3) als Satzung.

03

Die Begründung (Anlage 4) zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan ALT617 "An den Graden" wird gebilligt.

04

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, den vorhabenbezogenen Bebauungsplan gemäß § 21 Abs. 3 Satz 1 ThürKO der Rechtsaufsichtsbehörde vorzulegen.

Die Satzung ist gemäß § 21 Abs. 3 Satz 2 ThürKO frühestens nach Ablauf eines Monats ortsüblich bekanntzumachen, sofern die Rechtsaufsichtsbehörde die Satzung nicht beanstandet.

Dabei ist auch anzugeben, wo der Plan mit der Begründung während der Dienststunden eingesehen und über den Inhalt Auskunft verlangt werden kann.

05

Die Flächennutzungsplan-Berichtigung Nr.11 Bereich Altstadt, Bebauungsplanes ALT617 "An den Graden" (Anlage 6) wird gebilligt.

Die 11. Berichtigung des Flächennutzungsplanes ist gemäß § 6 Abs. 6 BauGB zusammen mit dem vorhabenbezogenen Bebauungsplan ALT617 "An den Graden" in der durch die Anpassung an den Bebauungsplan geänderten Form ortsüblich neu bekannt zu machen. Dabei ist anzugeben, wo der Plan während der Dienststunden eingesehen werden kann und über den Inhalt Auskunft gegeben wird.

(redakt. Hinweis: Die Anlagen des Beschlusses sind der Niederschrift als Anlagen 6 a – h beigelegt.)

- 10.7.1. **Änderungsantrag des Oberbürgermeisters zur Drucksache 0097/16**
 2328/15 - Vorhabenbezogener Bebauungsplan ALT617
 "An den Graden", Abwägungs- und Satzungsbeschluss

bestätigt

- 10.8. **Kündigung des "Vertrages über die Durchführung und 2661/15**
 Vergütung des Rettungsdienstes im Rettungsdienstbe-
 reich Stadt Erfurt"
 Einr.: Oberbürgermeister

Der stellvertretende Stadtratsvorsitzende gab bekannt, dass der Ausschuss für Finanzen, Liegenschaften, Rechnungsprüfung und Vergaben die Drucksache in seiner Sitzung am 06.01.2016 einstimmig bestätigte (Ja 10 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0).

Der Ausschuss für öffentliche Ordnung, Sicherheit und Ortsteile bestätigte die Drucksache in seiner Sitzung am 12.01.2016 ebenfalls einstimmig (Ja 6 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0).

Herr Prof. Dr. Dr. Pistner, Fraktion CDU, hinterfragte den Grund der Kündigung des Vertrages.

Hierzu erklärte der Oberbürgermeister, dass dies ein jährlicher Routinevorgang sei, um neue Vertragsverhandlungen zu eröffnen.

Weitere Wortmeldungen lagen nicht vor. Somit rief der stellvertretende Stadtratsvorsitzende zur Abstimmung über die Drucksache auf.

beschlossen Ja 40 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

Beschluss:

Der Stadtrat stimmt der Kündigung des Vertrages über die Durchführung und Vergütung des Rettungsdienstes im Rettungsdienstbereich der Stadt Erfurt zu und ermächtigt den Oberbürgermeister, die Kündigung zu unterzeichnen.

10.9. Vom Willkommen zur Teilhabe: Integrationskonzept weiterentwickeln 2865/15
Einr.: Fraktion SPD

Der stellvertretende Stadtratsvorsitzende teilte mit, dass die Stellungnahme zu der Drucksache vom Dezernat für Soziales, Bildung und Kultur mündlich erfolgen wird.

Herr Mroß, Fraktion SPD, erläuterte zu Beginn die Intention des Antrages seiner Fraktion und ging insbesondere auf das Erarbeitungskonzept, welches des Sozialausschuss im II. Quartal vorgelegt werden soll, ein. Abschließend bat er um Zustimmung zur Drucksache.

Herr Hose, Fraktion CDU, begrüßte die Zielstellung des Antrages und betonte die Notwendigkeit der Integration in seinen Ausführungen. Zudem schlug er vor, das Erarbeitungskonzept neben dem Sozialausschuss auch dem Ausschuss für Bildung und Sport und dem Jugendhilfeausschuss vorzulegen und beantragte die Ergänzung des letzten Satzes im Beschlussvorschlag dahingehend.

Frau Rothe-Beinlich, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, erläutert ihre Sichtweise und sprach ihre Zustimmung zum vorliegenden Antrag aus.

Frau Thierbach, Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung und Kultur, nahm Bezug zur Drucksache und erläuterte die Sichtweise der Verwaltung. Hierbei gab sie bekannt, dass bereits an Teilplänen und der Zeitplanung in einer Arbeitsgruppe gearbeitet wird. Ein konkretes Fortschreibungsmodell des Integrationskonzeptes, welches nicht nur für Flüchtlinge gelten solle sondern für alle in der Stadt lebenden Menschen mit Migrationshintergrund, sei in Arbeit und wird zeitnah erstellt, teilte sie mit. Weiterhin schlug sie vor, den ersten Entwurf des Konzeptes zunächst nur im Hauptausschuss zu besprechen und anschließend den Fraktionen zur Beratung zu geben. Eine Verweisung in die zuständigen Fachausschüsse sei erst danach sinnvoll, erklärte sie.

Herr Prof. Dr. Dr. Pistner, Fraktion CDU, unterstütze den vorliegenden Antrag und die Beratung des Konzeptes im Sozialausschuss.

Hierauf nahm Herr Mroß Bezug auf die Aussagen seines Vorredners und konkretisierte nochmals den vorliegenden Antrag seiner Fraktion dahingehend, dass zunächst ein Verfahren entwickelt werden soll, wie das Integrationskonzept fortgeschrieben werden kann und dieses soll entsprechend im Sozialausschuss vorgestellt werden.

Daraufhin fasste der stellvertretende Stadtratsvorsitzende den geänderten letzten Satz des Beschlusstextes der Drucksache wie folgt zusammen:

Das dazu nötige konkrete Erarbeitungskonzept (z.B. Ziele, Leitlinien, thematische Schwerpunkte, zu beteiligende Akteure und Zeitabläufe) ist im Sozialausschuss, Ausschuss für Bildung und Sport und Jugendhilfeausschuss im II. Quartal 2016 vorzubereiten und dem Stadtrat zur Beschlussfassung vorzulegen.

Herr Bärwolff, Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE., sprach sich dafür aus, die Ausschüsse im Beschlusstext zu streichen und beantragte die Verweisung der Thematik in den Hauptausschuss.

Herr Prof. Dr. Thumfart, Vorsitzender der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, und Frau Rothe-Beinlich, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bevorzugten eine Diskussion in den Fachausschüssen entsprechend dem Beschlussvorschlag und der mündlichen Ergänzung von Herrn Hose.

Herr Möller, Fraktion SPD, regte an, dass Frau Thierbach das Verfahren zum Fortschreibungsmodell zunächst im Ausschuss für Soziales, Arbeitsmarkt und Gleichstellung vorstellte.

Herr Stassny, Fraktion FREIE WÄHLER/FDP/PIRATEN, stimmte den Aussagen von Herrn Bärwolff zu.

Weitere Wortmeldungen lagen nicht vor. Somit ließ der stellvertretende Stadtratsvorsitzende zunächst den Antrag von Herrn Bärwolff - die Verweisung der Drucksache in den Hauptausschuss - abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	11
Nein-Stimmen:	26
Enthaltungen:	3

Damit wurde dieser abgelehnt und der stellvertretende Stadtratsvorsitzende rief die Drucksache in Fassung des Antrages von Herrn Hose – den letzten Satz des Beschlusstextes wie folgt zu ändern:

Das dazu nötige konkrete Erarbeitungskonzept (z.B. Ziele, Leitlinien, thematische Schwerpunkte, zu beteiligende Akteure und Zeitabläufe) ist im Sozialausschuss, Ausschuss für Bildung und Sport und Jugendhilfeausschuss im II. Quartal 2016 vorzubereiten und dem Stadtrat zur Beschlussfassung vorzulegen.

zur Abstimmung auf.

mit Änderungen beschlossen Ja 40 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

Beschluss:

Die Stadtverwaltung Erfurt wird beauftragt das Integrationskonzept der Stadt Erfurt weiterzuentwickeln. Hierzu sind in einem Fortschreibungsprozess der Ausländerbeirat und die Fachausschüsse des Stadtrates sowie weitere Akteure der Migrationsarbeit einzubeziehen. Das dazu nötige konkrete Erarbeitungskonzept (z.B. Ziele, Leitlinien, thematische Schwerpunkte, zu beteiligende Akteure und Zeitabläufe) ist im Sozialausschuss, Ausschuss für Bildung und Sport und Jugendhilfeausschuss im II. Quartal 2016 vorzubereiten und dem Stadtrat zur Beschlussfassung vorzulegen.

Im Anschluss an die Abstimmung erfolgte die Wahl unter TOP 9.1.

**10.10. Sozialticket; hier Aussetzung und Beanstandung des
Stadtratsbeschlusses 1422/15
Einr.: Oberbürgermeister**

0003/16

Die Stadtratsvorsitzende gab bekannt, dass der Hauptausschuss die Drucksache in seiner Sitzung am 19.01.2016 ablehnte (Ja 1 Nein 5 Enthaltung 0 Befangen 0).

Herr Bärwolff, Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE., wies darauf hin, dass gemäß dem Beschluss aus der Sitzung des Stadtrates im November 2015 das Sozialticket auch bei vorläufiger Haushaltsführung weiter geführt werden soll. Dieser Beschluss sei politisch und fachlich begründet und daher werde seine Fraktion der vorliegenden Drucksache nicht zustimmen. Dies sei jedoch nicht als fachpolitische Auseinandersetzung gegen die Verwaltung zu sehen sondern als politisches Signal und Ausdruck der politischen Willensbildung seiner Fraktion, erklärte er.

Der Oberbürgermeister bat um Zustimmung zur Drucksache mit dem Hinweis, dass es sich hierbei um die Klärung einer Rechtsfrage handelt.

Herr Panse, Vorsitzender der Fraktion CDU, hinterfragte das Verfahren zur Beanstandung und warum weder am 18.11.2015 noch in der Dezembersitzung des Stadtrates beanstandet wurde.

Weiterhin nahm Herr Panse Bezug zu den Aussagen von Herrn Bärwolff bezüglich der Nutzung des Sozialtickets von Asylbewerbern und bat um eine detaillierte Auflistung über die Bevölkerungsgruppen, die das Sozialticket in Anspruch nehmen.	Drucksache 0166/16
---	-----------------------

Der Oberbürgermeister führte zum Beanstandungsverfahren nach § 44 ThürKO aus und wies darauf hin, dass die vier Wochenfrist großzügig ausgelegt werden kann.

In seinen Ausführungen betonte er, dass es hierbei um die Kompetenzfrage gehe, in wessen Zuständigkeit die Entscheidung zur vorläufigen Haushaltsführung liegt – bei der Verwaltung oder dem Stadtrat.

Auf die Nachfrage von Herrn Panse bezüglich der Aufnahme des Sozialtickets in die vorläufige Haushaltsführung erklärte der Oberbürgermeister, dass er die Verantwortung für die vorläufige Haushaltsführung an die Finanzbeigeordnete, Frau Pablich, übertragen hat.

Bezüglich der Differenzierung der Nutzung des Sozialtickets sicherte Frau Thierbach, Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung und Kultur eine schriftliche Beantwortung zu.

Herr Stampf, Fraktion FREIE WÄHLER/FDP/PIRATEN, sprach sich gegen diese Drucksache aus und kündigte jedoch zugleich seine Zustimmung zur nächsten Vorlage (Drucksache 0017/16) an.

Frau Rothe-Beinlich, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, erläuterte ihre Sichtweise zur Thematik und sprach sich für das Sozialticket aus. Es müsse geklärt werden, ob der Stadtrat die Hoheit für diese Entscheidung habe, betonte sie. Abschließend teilte sie mit, dass ihre Fraktion diese Drucksache zur Beanstandung ablehnen werde.

Weitere Wortmeldungen lagen nicht vor. Somit rief die Stadtratsvorsitzende zur Abstimmung über die Drucksache auf.

abgelehnt Ja 12 Nein 29 Enthaltung 0 Befangen 0

10.11. Zuschuss ADFC; hier Aussetzung und Beanstandung des Stadtratsbeschlusses 2869/15 0017/16
Einr.: Oberbürgermeister

Die Stadtratsvorsitzende gab bekannt, dass der Hauptausschuss die Drucksache in seiner Sitzung am 19.01.2016 ablehnte (Ja 2 Nein 4 Enthaltung 0 Befangen 0).

Da keine Wortmeldungen vorlagen, rief die Stadtratsvorsitzende sogleich zur Abstimmung über die Drucksache auf.

abgelehnt Ja 16 Nein 25 Enthaltung 0 Befangen 0

10.12. Verbot diskriminierender, frauenfeindlicher und sexistischer Werbung auf stadteigenen Werbeflächen 0019/16
Einr.: Fraktion DIE LINKE.

Die Stadtratsvorsitzende gab bekannt, dass die Stellungnahme der Verwaltung den Fraktionen und den fraktionslosen Mitgliedern vorliegt.

Frau Hahn, Fraktion DIE LINKE., erläuterte die Intention der Drucksache und bat um Zustimmung.

Frau Rothe-Beinlich, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, ging in ihren Ausführungen auf die Aufgaben des deutschen Werberates ein und einer entsprechenden Debatte in Berlin aus dem Jahr 2014 ein. Sie sprach sich für eine Vorberatung der Drucksache aus und beantragte die Verweisung in den Ausschuss für Soziales, Arbeitsmarkt und Gleichstellung sowie in den Ausschuss für Wirtschaftsförderung und Beteiligungen.

Herr Panse, Vorsitzender der Fraktion CDU, erläuterte seine Sichtweise und begrüßte eine Beratung zur Drucksache im Ausschuss für Soziales, Arbeitsmarkt und Gleichstellung und bat zugleich um entsprechende Information zum Entwurf der Ausschreibungen.

Herr Groß, Fraktion SPD, erläuterte verschiedenen Beispiele entsprechender Werbung in anderen Ländern. Seine Fraktion werde sich der Verweisung der Drucksache in die zuständigen Ausschüsse anschließen, teilte er mit.

Herr Prof. Dr. Thumfart, Vorsitzender der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, sprach sich für das Ansinnen des Antrages und die Verweisung in die Fachausschüsse aus.

Weitere Wortmeldungen lagen nicht vor. Somit rief die Stadtratsvorsitzende zunächst den Antrag auf Verweisung der Drucksache in den Ausschuss für Soziales, Arbeitsmarkt und Gleichstellung sowie in den Ausschuss für Wirtschaftsförderung und Beteiligungen zur Abstimmung auf.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 41
Nein-Stimmen: 0
Enthaltungen: 0

Damit wurde dieser bestätigt und die Drucksache in die o. g. Ausschüsse verweisen.

Verwiesen in Ausschuss

11. Informationen

11.1. 21. Beteiligungsbericht 2015 der Landeshauptstadt Erfurt 1021/15
furt
Einr.: Oberbürgermeister

Die Stadtratsvorsitzende teilte mit, dass der Ausschuss für Wirtschaftsförderung und Beteiligungen die Drucksache in seiner Sitzung am 14.01.2016 zur Kenntnis genommen hat.

Wortmeldungen gab es nicht.

zur Kenntnis genommen

11.2. Sonstige Informationen

Die Stadtratsvorsitzende informierte, dass der 2. Nachtragshaushalt am 30.12.2015 im Amtsblatt bekannt gemacht wurde.

Weitere Informationen lagen nicht vor. Somit beendete die Stadtratsvorsitzende, Frau Pelke, die öffentliche Sitzung des Stadtrates.

gez. Pelke
Stadtratsvorsitzende

gez. Horn
stellv. Stadtratsvorsitzender

gez. 
Schriftführer/in